BÖCKLER
IMPULS

Hans Böckler Stiftung
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

5/2024 14. MÄRZ

2 **Digitalisierung** Gläserne Beschäftigte
3 **Sozialstaat** Kindergrundsicherung – Besser als nichts
4 **Rechtsextremismus** Schlechte Jobs untergraben die Demokratie
6 **Arbeitsmarkt** Die Zukunft der Leiharbeit

FINANZPOLITIK

Zeitenwende geht ohne Sozialabbau

Um die Ukraine-Unterstützung und höhere Verteidigungsausgaben zu finanzieren, müssen nicht die Sozialausgaben eingefroren werden. Besser wäre eine Reform der Schuldenbremse.

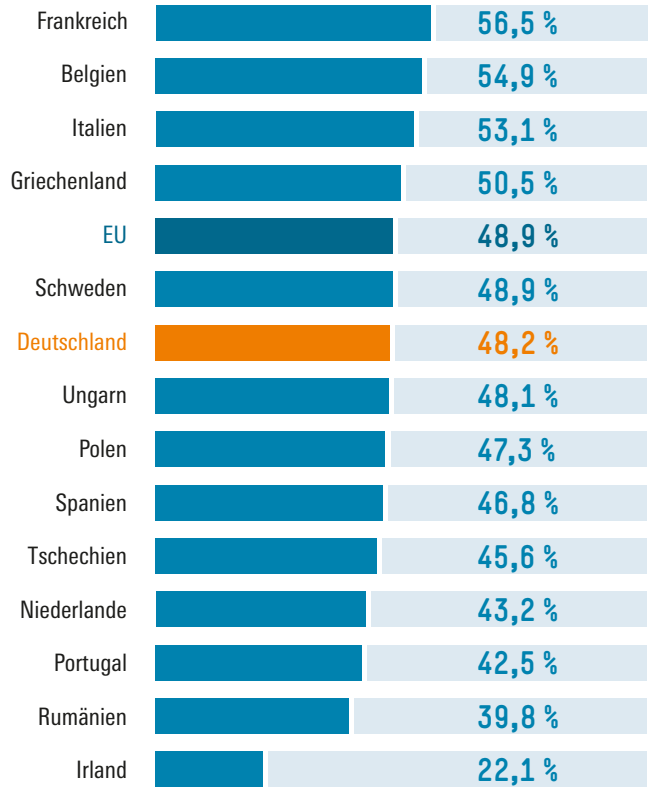
Mehr Panzer statt mehr Bürgergeld? IMK-Direktor Sebastian Dullien hält den Vorschlag von Finanzminister Christian Lindner, zugunsten von Bundeswehr und Ukraine am Sozialstaat zu sparen, für verfehlt: „Deutschland hätte eine Reihe besserer Möglichkeiten, die Unterstützung zu finanzieren. Die Diskussion auf dieser Ebene zu führen, hilft auch der Ukraine nicht: Vielmehr ist zu erwarten, dass mit einer solchen Politik die Zustimmung in Deutschland für die Ukraine-Unterstützung schwindet."

Dullien verweist darauf, dass die deutschen Sozialausgaben im historischen und internationalen Vergleich moderat ausfallen, wie eine aktuelle IMK-Datenanalyse gezeigt hat. Statt hier zu kürzen, könnte der deutsche Staat rund 60 Milliarden Euro pro Jahr mehr an Krediten aufnehmen, als es die Schuldenbremse erlaubt, und die Staatsschuldenquote bliebe trotzdem stabil bei knapp über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – niedriger als in allen anderen G7-Staaten. Auch gesamtwirtschaftlich bestehe angesichts eines Leistungsbilanzüberschusses von rund 280 Milliarden Euro keine Notwendigkeit, bei den öffentlichen Ausgaben zu geizen.

„Ein Einfrieren der Sozialausgaben würde kaufkraftbereinigt an vielen Stellen Leistungskürzungen bedeuten, weil die Preise und Löhne ja weiter steigen und außerdem in der aktuellen Konjunkturschwäche die Arbeitslosigkeit leicht zulegen dürfte", so der IMK-Direktor. Der einzige Grund, warum dieses Risiko in Kauf genommen wird, sei die Schuldenbremse. „Diese blockiert eine gesamtwirtschaftlich vernünftige Nutzung der Spielräume für Kreditaufnahme. Statt sich auf vermeintliche Probleme bei den Sozialausgaben einzuschießen, sollte die Politik endlich und schnell eine Reform der Schuldenbremse angehen." <

Staatsquote: Andere Länder geben mehr aus

So hoch war 2023 der Anteil der staatlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt in ...



Quelle: IMK 2024

Hans Böckler Stiftung

MEHR HÖREN

IMK-Direktor Sebastian Dullien erklärt im Podcast, wie es um die Sozialausgaben in Deutschland steht:
www.boeckler.de/de/podcasts-22421-hat-deutschland-einen-aufgeblaehten-sozialstaat-57747.htm

Gläserne Beschäftigte

Die zunehmende Erfassung und Auswertung von Personaldaten birgt Missbrauchspotenzial. Um Beschäftigte zu schützen, bedarf es handlungsfähiger Arbeitnehmervertretungen.

Die Vermessung von Arbeit hat eine lange Tradition. Bereits zu Beginn der Industrialisierung wurden Methoden entwickelt, um das Verhalten und die Leistung von Arbeitenden zu erfassen. Doch Ford oder Taylor konnten damals nicht einmal ahnen, welche neuen und weitreichenden Möglichkeiten sich heute, im Zeitalter der Digitalisierung, ergeben. Mithilfe künstlicher Intelligenz (KI) können große Datenmengen in Echtzeit ausgewertet werden. Die systematische, auf Algorithmen basierende Analyse von Personaldaten wird unter dem Schlagwort People Analytics zusammengefasst. Aus der Sicht des Managements soll sie dabei helfen, die Arbeitsabläufe zu verbessern, die Produktion zu steigern oder die Kosten zu senken. Doch was macht es mit den Beschäftigten, wenn sie potenziell einer permanenten Kontrolle durch KI ausgesetzt sind? Je nachdem, wie die neuen Technologien eingesetzt werden, droht ihnen ein Verlust an Autonomie, Kompetenz und sozialer Interaktion. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft in Berlin, der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin und des FZI Forschungszentrums Informatik in Karlsruhe. Die Analyse basiert auf einer Auswertung des aktuellen Forschungsstandes in den Wirtschaftswissenschaften und der Informatik.

People Analytics nutzt teilweise anonymisierte, teilweise jedoch auch personenbezogene Daten – zum Beispiel, um vorherzusagen, welcher Bewerber oder welche Bewerberin für eine Stelle besonders geeignet ist. Auch Gehaltsdaten können ausgewertet werden, um festzustellen, ob es bei der Bezahlung im Unternehmen gerecht zugeht. Das klingt zunächst harmlos und kann durchaus im Interesse der Beschäftigten sein. Die konkreten Auswirkungen hängen davon ab, wie People Analytics eingesetzt und gestaltet wird. So kann beispielsweise ein System zur automatisierten Schichtplanung den Beschäftigten das Gefühl geben, dass ihre Interessen besser berücksichtigt werden, als wenn ein Mensch die Planung vornimmt – wenn die Kriterien nachvollziehbar sind. Ist das System hingegen intransparent oder berücksichtigt es die Wünsche der Beschäftigten nicht, kann das die wahrgenommene Autonomie einschränken. Hier liegt oft das Problem: In vielen Fällen bleibt unklar, wie die im Hintergrund arbeitenden Algorithmen zu ihren Ergebnissen kommen. Selbst Führungskräfte haben oft keinen Einblick.

Die vermeintliche Objektivität algorithmischer Entscheidungen erschwere es, Handlungsempfehlungen nachzuvollziehen oder anzufechten, so die Forschenden. Besonders problematisch sei es, wenn man sich zu sehr auf solche Systeme verlässt und die Ergebnisse nicht ausreichend hinterfragt. Neben Fehlern oder Ungenauigkeiten könne dies auch zu einem Verlust an Kompetenzen führen. „Wenn in Organisationen Daten und Analysen mehr Wert beigemessen wird als eigenen Beobachtungen, Intuition und Erfahrungswissen, entwertet dies die menschliche Kompetenz“, schreiben die Forschenden.

Der Einsatz von People Analytics könne außerdem bewirken, dass sich Beschäftigte von ihrer Arbeit und ihrer Organisation entfremden oder sich weniger wertgeschätzt fühlen. Ein zunehmender Fokus auf Quantifizierung und Leistungsmessung in Organisationen könne zu Konkurrenzdenken und weniger kollegialem Verhalten in der Belegschaft führen. Hinzu komme, dass soziale Interaktionen, die offline stattfinden, für People-Analytics-Systeme schwer zu erfassen sind, sodass typischerweise der E-Mail-Verkehr als Metrik berücksichtigt wird. Ein Gespräch auf dem Flur könne dadurch abgewertet werden.

Sensible Arbeitnehmerdaten sind in Deutschland durch das Bundesdatenschutzgesetz besonders geschützt. Zudem unterliegen sie der Mitbestimmung durch den Betriebsrat. Hier liegt aus Sicht der Forscherinnen und Forscher auch ein wichtiger Ansatzpunkt: „Die frühzeitige und umfassende Einbindung der Arbeitnehmervertretungen spielt eine wichtige Rolle, denn sie verhandeln die Technologie im Interesse der Beschäftigten.“ <

Quelle: Sonja Köhne, Miriam Klöpper, Georg von Richthofen, Hendrik Send: Autonomer dank Algorithmen? People Analytics aus Perspektive der Selbstbestimmung, WSI-Mitteilungen 1/2024 Link zur Studie

Mitbestimmen bei ChatGPT & Co.

In Unternehmen kommen zunehmend auf künstlicher Intelligenz basierende Systeme wie ChatGPT und Microsoft CoPilot zum Einsatz. Das verändert den Arbeitsalltag der Beschäftigten erheblich – und stellt damit auch eine Herausforderung für die Mitbestimmung dar. Es geht um Themen wie Qualifizierung, Überwachung, Datenschutz, Leistungskontrolle, Arbeitsverdichtung, Gesundheitsbelastung, Algorithmen zur Personalauswahl und vieles mehr. Eine neue I.M.U.-Studie unter Mitarbeit des HSI zeigt am Beispiel von vier Unternehmen, wie sich Betriebsräte in der Praxis der komplexen Materie annehmen. In der Regel in enger Zusammenarbeit mit den Datenschutzbeauftragten, externen Expertinnen und Experten und der Geschäftsführung. <

Quelle: Jonas Grasy, Bettina Seibold, Ernesto Klengel: KI und algorithmische Systeme verstehen, bewerten und begrenzen, Mitbestimmungspraxis Nr. 59, www.imu-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008807

Kindergrundsicherung: Besser als nichts

Die neue Grundsicherung für Kinder fällt nicht üppig aus. Doch selbst die von der Bundesregierung geplante „Rumpfversion“ senkt Armut, verbessert langfristig Lebenschancen und kurbelt damit letztlich auch die Wirtschaft an.

Die von der Bundesregierung beschlossene Kindergrundsicherung hat trotz erheblicher Schwächen positive Effekte auf benachteiligte Kinder und Familien sowie Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt. Das ergibt eine Studie der Wirtschaftswissenschaftler Tom Krebs und Martin Scheffel, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Die Untersuchung zeigt: Wenn rund 1,5 Millionen Kinder mehr als bisher ihnen zustehende Leistungen auch wirklich erhalten und sich die finanzielle Lage ihrer Familien verbessert, sinkt die Kinderarmut relativ rasch um knapp zwei Prozentpunkte. Das entspricht rund 282 000 Kindern, die nicht mehr unterhalb der Armutsgrenze leben müssen.

Noch bedeutsamer sind langfristige Effekte, die die Forscher aus der Bildungsforschung ableiten: Ein erheblicher Teil der Kinder aus Familien, die durch die Grundsicherung finanziell bessergestellt werden, erreicht später höhere Bildungsabschlüsse. Im Jahr 2050 wäre die Zahl der Personen in Deutschland, die ein mittleres bis höheres statt einem niedrigen Bildungsniveau haben, dadurch um 840 000 höher als in einem Szenario ohne Kindergrundsicherung. Nach Abschluss der Ausbildung können viele dieser Personen höher qualifiziert, besser bezahlt und besser abgesichert arbeiten. Die sogenannte „Chancenlücke“, die sich auf das zu erwartende Lebenseinkommen benachteiligter Kinder bezieht, wird durch die langfristige Wirkung der Kindergrundsicherung bis 2050 um 6,8 Prozentpunkte reduziert.

Auch die Beschäftigung steigt spürbar: 2050 liegt das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsvolumen, umgerechnet auf Vollzeitstellen, um rund 155 000 Stellen höher als ohne Einführung einer Kindergrundsicherung. Die Zahl der Erwerbspersonen, die unter der Armutsgefährdungsgrenze leben müssen, wäre um gut 1,8 Prozentpunkte geringer. Die Zahl der armutsgefährdeten Kinder ist 2050 mit Kindergrundsicherung um 440 000 niedriger als ohne, was einem Rückgang bei der Kinder-Armutsquote um knapp drei Prozentpunkte entspricht.

Durch diese positiven Effekte wächst auch das Aufkommen an Steuern und Sozialabgaben stärker als ohne die Reform. Daher übersteigen ab 18 Jahren nach Einführung die zusätzlichen Einnahmen der öffentlichen Hand die jährlichen Ausgaben für die Kindergrundsicherung. „Die Kindergrundsicherung ist nicht nur ein effektives Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut, sondern auch gut für die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen“, lautet das Fazit der Forscher.

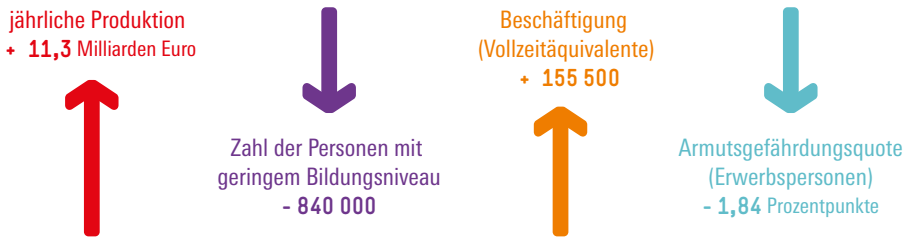
Die Wissenschaftler gehen in ihrer Modellrechnung von den aktuell im Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltenen finanziellen Größen aus: Für jedes Kind wird ein Garantiebetrag von 250 Euro im Monat gezahlt. Für Kinder aus einkommensschwachen Familien gibt es darüber hinaus einen Zusatzbetrag von maximal 247 bis 361 Euro monatlich, je nach Alter.

Dieser Zusatzbeitrag wurde im vergangenen Herbst in einer Bundestagsanhörung von verschiedenen Expertinnen und Experten als nicht „armutsfest“, da zu niedrig kritisiert. Auch die wissenschaftliche Direktorin des WSI, Bettina Kohlrausch, konstatiert in ihrer Stellungnahme neben einigen Fortschritten erhebliche Defizite: „Es ist begrüßenswert, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein Schritt in die Richtung einer Kindergrundsicherung gegangen wird, in der viele Leistungen für Kinder und Jugendliche in einem Instrument zusammengeführt werden. Die aktuell genannten Vorhaben entsprechen aber eher einer Verwaltungsreform als einer echten Kindergrundsicherung.“

Dass selbst diese „Rumpfversion“ einer Grundsicherung in Krebs' und Scheffels Modellrechnungen deutlich positive Effekte aufweist, hat denn auch in erster Linie mit der prognostizierten Wirkung der Verwaltungsvereinfachung zu tun. Denn im aktuellen System scheitern viele Eltern daran, etwa den Kinderzuschlag zu beantragen, der für Familien gedacht ist, die zwar ein niedriges Einkommen haben, aber kein Bürgergeld bekommen. Nach Schätzungen gibt es derzeit rund 2,3 Millionen Kinder, deren Eltern Anspruch auf Kinderzuschlag haben. Wirklich ausgezahlt wurde die Leistung zuletzt aber nur in rund 800 000 bis einer Million Fällen. <

Kindergrundsicherung: Spürbarer Nutzen

So entwickeln sich durch die Kindergrundsicherung* bis 2050 die ...



* im Vergleich zu einem Szenario ohne Kindergrundsicherung;
Quelle: Krebs und Scheffel 2014

Hans Böckler Stiftung

Quelle: Tom Krebs, Martin Scheffel: Auswirkungen der Kindergrundsicherung auf Armut, Beschäftigung und Wachstum, WSI Study Nr. 36, Februar 2024 Link zur Studie

Schlechte Jobs untergraben die Demokratie

Die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland hat auch mit wirtschaftlichen Sorgen sowie mangelnder Mitsprache und Anerkennung am Arbeitsplatz zu tun.

Der Rechtsdrall in der deutschen Gesellschaft steht mit Erfahrungen sozialer Desintegration in Verbindung. Dazu zählen Sorgen um den eigenen Lebensstandard, die Alterssicherung oder die berufliche Zukunft. Auch mangelnde Mitsprache am Arbeitsplatz oder der Eindruck, dass die berufliche Leistung vom Arbeitgeber nicht ausreichend anerkannt wird, spielen eine Rolle. Das zeigt eine Analyse der WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch.

Dass das Gefühl, Anerkennung zu verlieren, zu einer Erosion demokratischer Einstellungen führt, zeigen unter anderem die Untersuchungen des Soziologen Wilhelm Heitmeyer oder die Leipziger Autoritarismus-Studie. Das WSI hat auf empirischer Basis herausgearbeitet, dass sich diese Gefühle aus geringer oder fehlender materieller, sozialer und demokratischer Teilhabe speisen. „Unsere Befragungsdaten zeigen, dass unter Menschen, die zur Wahl der AfD tendieren, solche subjektiven Bedrohungs- und Verlusterfahrungen überdurchschnittlich verbreitet sind“, so Kohlrausch.

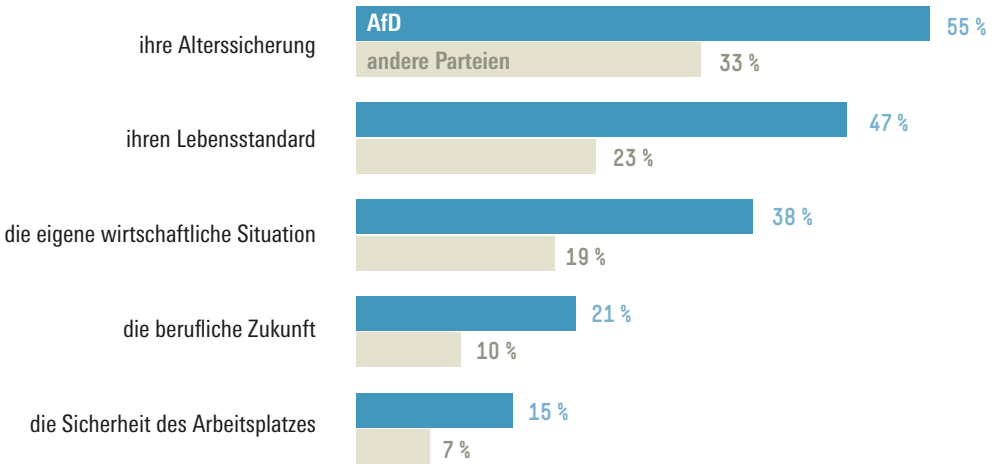
Es sei besonders problematisch, dass gerade Menschen mit niedrigeren Einkommen durch die Coronakrise und die Teuerung infolge des Ukrainekriegs überproportional belastet wurden, was zu einem massiven Anstieg ihrer finanziellen Sorgen geführt hat, erklärt die Forscherin. Das mache sie anfälliger für rechtsradikale Ansichten. „Oft verbinden sich Bedrohungs- und Verlustgefühle dann mit migrationskritischen bis -feindlichen Stereotypen, die insbesondere AfD-Stammwählerinnen und -wähler sehr oft vertreten“, sagt die Soziologin. „Der AfD gelingt es im aktuellen politischen Diskurs erfolgreich, Oben-Unten-Konflikte in Innen-Außen-Konflikte umzudeuten.“

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt laut Kohlrausch das Gefühl, mit den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen nicht mithalten zu können, sodass materielle Sicherheit und soziale Anerkennung auf dem Spiel stehen. Der Eindruck, weder zu verstehen, wie und warum sich die Gesellschaft verändert, noch die Auswirkungen dieser Veränderungen mitgestalten zu können, begünstige antidemokratische Einstellungen.

„Die multiplen Krisen dieser Zeit und die großen gesellschaftlichen Veränderungen wie die Digitalisierung, die Dekarbonisierung und der demografische Wandel haben zur Folge, dass sich Verteilungskonflikte einerseits zuspitzen und anderseits zentrale gesellschaftliche Fragen neu ausgehandelt werden müssen“, erklärt die Soziologin. Ein zentraler Aushandlungsort sei nach wie vor der Betrieb. Faktoren wie die Tarifautonomie oder das Betriebsverfassungsgesetz bestimmten ebenso wie soziale Schutzrechte für Beschäftigte den formalen Rahmen dieses Aushandlungsprozesses – und seien daher wichtige Ressourcen auch für die politische Demokratie.

Zukunftsangst hilft der AfD

Große Sorgen machen sich Wählerinnen und Wähler um …



Quelle: WSI 2023

Hans Böckler Stiftung

Untersuchungen, unter anderem Studien des WSI, zeigen, dass Beschäftigte seltener zu antidemokratischen Einstellungen neigen, wenn der Interessenausgleich mit der Arbeitgeberseite gelingt und es konkrete Mitsprachemöglichkeiten im Job gibt. So geben beispielsweise in der WSI-Erwerbspersonenbefragung unter den Anhängerinnen und Anhängern anderer Parteien deutlich mehr Menschen an, Mitspracherechte bei strategischen Entscheidungen am Arbeitsplatz zu haben, als Wählerinnen und Wähler der AfD. In eine ähnliche Richtung weisen Studien von Forschenden der Universitäten Lüneburg und Trier. Danach sind Beschäftigte in mitbestimmten Betrieben im Schnitt zufriedener mit der Demokratie in Deutschland als diejenigen ohne Betriebsrat. Und: Gibt es in einem Betrieb eine Arbeitnehmervertretung, tendiert die Belegschaft weniger zu rechtsradikalen Parteien.

Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit die wesentliche Grundlage ihrer materiellen Absicherung, aber auch eine wichtige Ressource sozialer Anerkennung, konstatiert Kohlrausch. Beide Aspekte spielten eine Rolle bei Sympathien für die AfD: Menschen, denen ihre Arbeit langfristig ein sicheres und ausreichendes Einkommen garantiert, machten seltener ihr Kreuz bei dieser Partei. Dasselbe gelte für Beschäftigte, die Solidarität, Stolz auf die eigene Leistung und Anerkennung erfahren.

Trotz derartiger Befunde werde in der Debatte über das Erstarken antidemokratischer Einstellungen und rechtsextremer Parteien die Bedeutung des Betriebs und die Rolle von Erwerbsarbeit häufig vernachlässigt, so Kohlrausch. Es müsse sowohl für eine ausreichende materielle Absicherung als auch für soziale Anerkennung und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten gesorgt werden. Die Stärkung der Tarifbindung sei ein wichtiger Baustein dafür.

Ebenso wichtig sei es, Beschäftigten Mitsprachemöglichkeiten bei Transformationsprozessen einzuräumen. Eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung sei hierfür nur ein erster Schritt. „Betriebsräte brauchen mehr Rechte, um die aktuellen Veränderungen mitgestalten zu können, zum Beispiel im Hinblick auf Digitalisierung oder Qualifizierung, die eine wichtige Voraussetzung ist, um mit den Veränderungen der Arbeitswelt mithalten zu können. Hierfür braucht es eine grundlegende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes“, so Kohlrausch. Eine von Fachleuten für Arbeitsrecht der Gewerkschaften, der Hans-Böckler-Stiftung sowie der Universitäten Göttingen und Bremen vorgeschlagene Neufassung sehe auch vor, Beschäftigten, eine Stunde Demokratiezeit in der Woche einzurichten, betont Kohlrausch. <

Quelle: Bettina Kohlrausch:
Demokratie in Arbeit –
Erwerbsarbeit als demokratischer Erfahrungskontext,
WSI-Kommentar Nr. 1, März 2024

UNGLEICHHEIT

Aufklärung hilft

Türkischstämmigen Kindern wird viel seltener frühkindliche Bildung zuteil als deutschen Kindern ohne Migrationshintergrund. Eltern mit türkischen Namen bekommen seltener eine Antwort auf Anfragen zu einem Kitaplatz als deutsche. Allerdings: Dem Großteil der Bevölkerung ist das Ausmaß der Bildungsungleichheit beziehungsweise der Diskriminierung in dieser frühen, aber entscheidenden Lebensphase nicht bewusst. Nur ein Teil der Bevölkerung befürwortet spezielle Förderprogramme für Kinder von Migrantinnen und Migranten. Was geschieht nun, wenn Menschen zusätzliche Informationen über die Lage der Betroffenen, in diesem Fall der türkischen Kinder, erhalten? Verändern sich ihre politischen Einstellungen? Das hat ein Forscherteam des Ifo Instituts Fürth sowie der Universitäten München, Eichstätt-Ingolstadt, Konstanz und Halle untersucht. Das Ergebnis: Eine Korrektur falscher Wahrnehmungen kann zu einer Annäherung der Standpunkte und damit zu einer weniger polarisierten Debatte über Ungleichheit und Diskriminierung führen.

Die Erkenntnisse der Forscher beruhen auf der Auswertung einer Befragung von rund 4800 Personen, deren Auswahl repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in Deutschland ist. Dabei sollten die Befragten zunächst schätzen, wie hoch die Betreuungsquote von türkischstämmigen Kindern unter drei Jahren ist – sie beträgt einer Studie zufolge 12 Prozent, im Gegensatz zu 33 Prozent bei deutschen Kindern ohne Migrationshintergrund. Gleichermaßen sollten sie schätzen, wie hoch die Quote unbeantworteter Anfragen nach Betreuungsplätzen ist – sie beträgt 37 Prozent bei türkischen und 29 Prozent bei deutschen Eltern. Den Befragten wurden dabei nur die Werte für deutsche Kinder beziehungsweise Eltern mitgeteilt. Die Antworten weisen eine breite Streuung auf, vor allem die Lücke in Sachen Kita-Besuch wurde meist unterschätzt. Im nächsten Schritt bekam jeweils ein Teil der Befragten Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse. Anschließend sollten sie angeben, ob sie politische Maßnahmen wie die steuerfinanzierte Förderung von Kitas, die Kinder mit Migrationshintergrund aufnehmen, die Einführung einer zentralen Vergabe von Kitaplätzen auf Gemeindeebene, den staatlichen Ausbau der Kinderbetreuung oder eine Bevorzugung von Migrantenfamilien bei der Vergabe von Betreuungsplätzen unterstützen würden.

Es zeigt sich: Die zusätzlichen Informationen rauschen an den Befragten nicht spurlos vorbei. Diejenigen, die das Ausmaß der frühkindlichen Bildungsbenachteiligung unterschätzt haben und die dazu korrekte Informationen bekamen, sprechen sich eher für politische Korrekturen aus als diejenigen, die keine Informationen über die wahren Verhältnisse bekommen haben. Auch die Umkehrung gilt: Wer die Benachteiligung stark überschätzt hat, bleibt bei den politischen Forderungen moderater, wenn die eigene Fehleinschätzung durch Fakten korrigiert wird, auch wenn dieser Effekt nicht ganz so stark ausgeprägt ist. „Information führt in diesem Setting zu stärker übereinstimmenden politischen Präferenzen“, so die Forscher.

Ein Wermutstropfen: Eine Teilgruppe zeigte sich von den wissenschaftlich fundierten Informationen vollkommen unbeeindruckt, nämlich die Befragten, die angaben, rechte Parteien zu wählen. Ihre Unterstützung für die Politikmaßnahmen sank sogar, nachdem sie Informationen dazu bekommen hatten. <

Quelle: Henning Hermes, Philipp Lergetporer, Fabian Mierisch, Guido Schwerdt, Simon Wiederhold: Does information about inequality and discrimination in early child care affect policy preferences?, IWH Discussion Paper Nr. 2/2024, Januar 2024
Link zur Studie

Die Zukunft der Leiharbeit

Leiharbeit ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Lässt sie sich eindämmen? Die Chance besteht, wie eine Analyse zeigt.

Leiharbeit stellt die Gewerkschaften seit jeher vor ein grundsätzliches Dilemma: Einerseits ist es unerlässlich, sich für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne der Leiharbeitskräfte einzusetzen. Andererseits besteht die Gefahr, dass dadurch ihr Einsatz legitimiert und die Ungleichbehandlung von Leiharbeitskräften und Stammbelegschaft zementiert wird. Einen Ausweg könnte eine aktuelle Entwicklung bieten: Die Verleihunternehmen kämpfen derzeit mit einem ausgeprägten Arbeitskräftemangel. Damit zeichnet sich eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse ab – die Verhandlungsposition der Beschäftigtenseite verbessert sich. In dieser Situation könnten Gewerkschaften gestärkt auftreten und mit weitreichenden Forderungen grundlegende Veränderungen auf den Weg bringen. Denkbar sind aber auch andere, aus Sicht der Beschäftigten deutlich ungünstigere Entwicklungen. Das zeigt eine Studie von Alexander Gallas von der Universität Kassel, die im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall geförderten Forschungsprojekts entstanden ist.

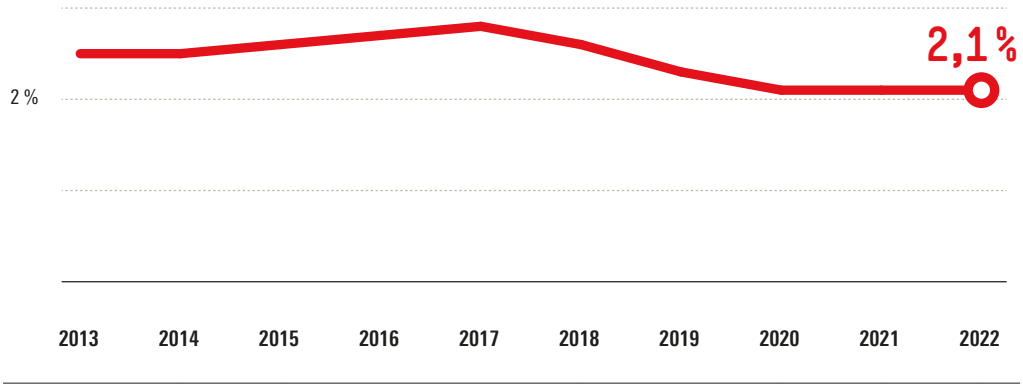
Der Sozialwissenschaftler hat analysiert, wie sich der Einsatz von Leiharbeit in Zukunft weiterentwickeln könnte und welche Herausforderungen damit verbunden sind. Er führte dazu Interviews mit 15 Expertinnen und Experten, die sich beruflich mit dem Thema Leiharbeit beschäftigen. Darunter waren Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeberseite sowie weitere Fachleute. Hinzu kam die Auswertung der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur sowie von Positionspapieren der Arbeitgeberverbände, der Gewerkschaften und der Politik.

Arbeitsagenturen tragen zur Prekarisierung bei

Leiharbeit ist ein oft prekäres und zugleich weit verbreitetes Arbeitsverhältnis: Auch wenn die Zahl der Leiharbeitenden in der Coronakrise etwas zurückgegangen ist, lag sie in den letzten zehn Jahren zu keinem Zeitpunkt unter 750 000. Der Anteil an allen Beschäftigten betrug in diesem Zeitraum stets über zwei Prozent, in einigen Branchen wie der Logistik sogar deutlich mehr. Auch die Arbeitsagenturen nutzen Leiharbeit, um Menschen in Beschäftigung zu bringen, die sonst schwer zu vermitteln sind. Im Jahr 2021 haben die Agenturen laut der Studie 144 000 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. 43 000 von ihnen sind zu einem Leiharbeitsunternehmen gegangen – eine Quote von rund 30 Prozent. In vielen Fällen seien die in Leiharbeit vermittelten Personen jedoch nur vorübergehend beschäftigt, so Gallas. Sie pendelten oft zwischen Arbeitslosigkeit und Leiharbeit hin und her, ohne dass sich ihre Situation wesentlich verbessere. Leiharbeit biete eine Scheinlösung, die Vermittlungserfolge simuliert und die Arbeitslosenstatistiken vorübergehend verbessert. „Es erweist sich, dass staatliche Aktivitäten – und gerade nicht ihre Abwesenheit – zur Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt führen."

Mehr als zwei Prozent in Leiharbeit

Der Anteil der Leiharbeitskräfte an allen Beschäftigten betrug ...



nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit; Quelle: Gallas 2024

Hans Böckler Stiftung

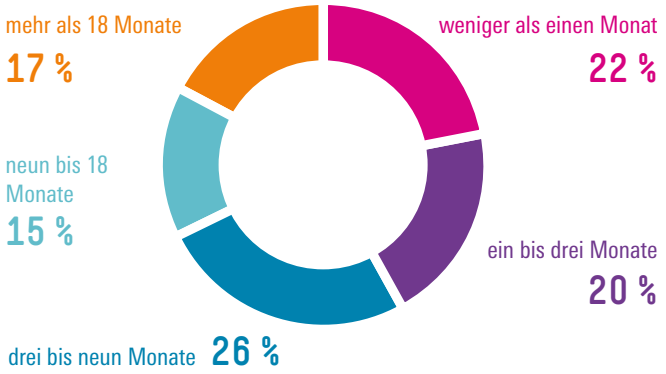
Problematisch sei auch, dass die Stammbelegschaften unter Druck geraten, weil Leiharbeitskräfte zu schlechteren Bedingungen angestellt würden. „Wenn es möglich ist, Standardarbeitsleistungen auch unter ungleich schlechteren Bedingungen zu erledigen, kann dies eine Anhebung von Leistungsnormen zur Folge haben – oder eine Ersetzung von Stammbelegschaftsmitgliedern durch Leiharbeitskräfte", schreibt Gallas. Die bloße Existenz von Leiharbeit im Betrieb könne zu Spaltungen führen und solidarisches Handeln verhindern. Zum einen hätten Leiharbeitskräfte nur eingeschränkte Mitbestimmungsrechte. Zum anderen erschwerten sie es der Stammbelegschaft, sich zu organisieren. Der Forscher zitiert einen hauptamtlichen Gewerkschafter mit den Worten: „Stelle dir vor, es ist Arbeitskampf und keiner geht hin, weil die Mehrheit der Belegschaft Leiharbeiter, Werkvertrag oder sonst was ist."

Die Studie zeigt auf, wo die Probleme der Leiharbeit liegen, sie wirft aber auch einen Blick in die Zukunft. Wie geht es weiter? Dazu entwickelt der Wissenschaftler drei Szenarien, abgeleitet von den Aussagen der Experten und Expertinnen:

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

Viele sind weniger als drei Monate im Job

So lange waren Leiharbeitskräfte 2020 im Schnitt beschäftigt ...



Quelle: Gallas 2024

Hans Böckler Stiftung

1. Szenario: Ausdehnung der Leiharbeit

Angesichts hoher Preissteigerungen und damit verbundener Reallohnverluste wächst die Zahl der Menschen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden. Die schwache Nachfrage, Lieferengpässe bei Produktions- und Konsumgütern und explodierende Kosten bremsen die wirtschaftliche Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit steigt. Kurzarbeit und Zugeständnisse zur Beschäftigungssicherung sind die Folge. Die Krise und die sich verschärfende Notlage der ärmeren Bevölkerungsschichten schwächen die Verhandlungsposition der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften. Die Unternehmensseite reagiert auf die allgemeine Verunsicherung mit der Abwälzung von Risiken auf die Beschäftigten. Leiharbeit gilt dabei als probates Mittel, weshalb der Anteil der Leiharbeitskräfte deutlich zunimmt. Da sich die Arbeitssituation vieler Menschen verschlechtert, könnte andererseits die Bereitschaft steigen, sich kollektiv zu organisieren.

2. Szenario: Konsolidierung der Leiharbeit

Die Leiharbeit hat ihren Charakter bereits gewandelt. Sie hat sich von einem Ausnahmemechanismus am Rande des Arbeitsmarkts zu einem Standardinstrument entwickelt. Dieser Prozess verstärkt sich mit zunehmender Dauer. Für einige Beschäftigtengruppen ist die Leiharbeit der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, gewinnt in Politik und Verwaltung die Auffassung an Boden, dass „Flexibilität" auf dem Arbeitsmarkt im Allgemeinen und Leiharbeit im Besonderen wichtige Instrumente zur Krisenbekämpfung sind. Die Normalisierung der Leiharbeit zwingt die Gewerkschaften, sich verstärkt mit Strategien zur Lösung von Konflikten zwischen Stammbelegschaften und Leiharbeitenden zu befassen.

3. Szenario: Zurückdrängung der Leiharbeit

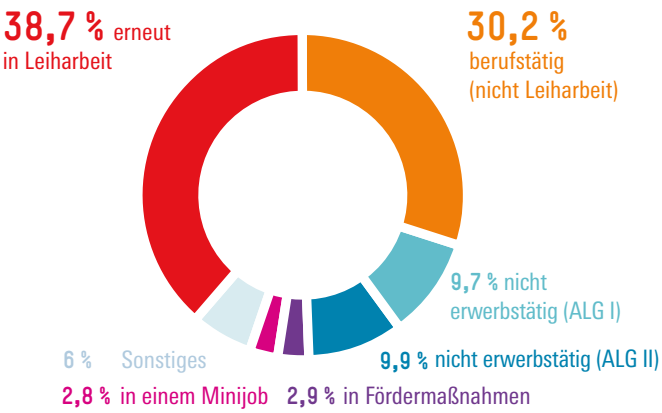
Aufgrund der demografischen Entwicklung besteht ein massiver Arbeitskräftemangel, der nicht nur die höher qualifizierten Gruppen betrifft. Das „Geschäftsmodell Leiharbeit" funktioniert vor diesem Hintergrund nicht mehr reibungslos; viele Unternehmen der Leiharbeitsbranche beginnen, sich umzuorientieren und bieten Personalvermittlung ohne Verleih oder Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an. Der Arbeitskräftemangel stärkt die Verhandlungsposition der Beschäftigten und der Gewerkschaften; eine Anpassung nach oben wird möglich. Leiharbeit wird zurückgedrängt.

Eine breite Debatte ist notwendig

Welches dieser Szenarien eintritt, ist alles andere als sicher. Die Aussagen der von Gallas Befragten deuten jedoch darauf hin, dass einiges für das dritte Szenario spricht. Die Interviewten auf Seiten der Leihunternehmen berichten übereinstimmend, dass sie derzeit mit einem Arbeitskräftemangel konfrontiert sind, der „weit über den viel beschworenen Fachkräftemangel hinausgeht". Das Geschäftsmodell der Leiharbeit, das auf der Schlechterstellung der Beschäftigten beruhe, werde dadurch in Frage gestellt, schreibt der Wissenschaftler. Das wiederum eröffne die Chance für eine breite Debatte über die Zukunft

Leiharbeit: Nur selten Sprungbrett in feste Arbeit

Ein halbes Jahr nach dem Ende des Leiharbeitsverhältnisses sind ...



Quelle: Gallas 2024

Hans Böckler Stiftung

der Leiharbeit, in die alle betroffenen Gruppen einbezogen werden müssten: die Leiharbeitskräfte selbst, aber auch die Stammbelegschaften, die Betriebsräte und Vertrauensleute sowie die Gewerkschaften. Das Ziel müsse klar sein: „Die Spaltung von Belegschaften zu überwinden, die Konkurrenz unter Beschäftigungen zurückzudrängen und eine wirkliche Gleichstellung zu erreichen."

Ein Schritt in diese Richtung ist mit dem aktuellen Tarifabschluss für Leiharbeitende getan: Nach der Einigung zwischen der DGB-Tarifgemeinschaft und dem neu gegründeten Gesamtverband der Personaldienstleister erhalten die Beschäftigten ab Oktober dieses Jahres mehr Geld. „Der Abstand zwischen den Löhnen in der Leiharbeit und dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn konnte deutlich vergrößert werden. Über 90 Prozent der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter profitieren von dem Tarifabschluss", sagt Christina Schildmann, Leiterin in der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. <

Quelle: Alexander Gallas: Im Angesicht der Ungleichstellung, Leiharbeit als Herausforderung für gewerkschaftliche Strategiebildung, Study der HBS-Forschungsförderung Nr. 490, März 2024
Link zur Studie

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei

www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

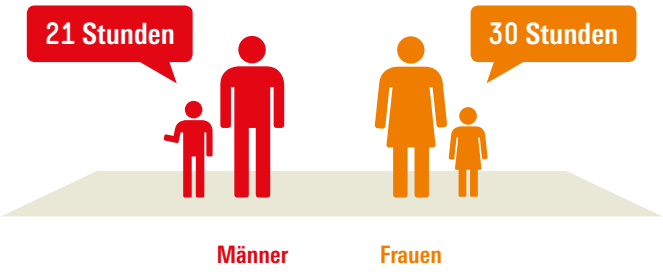
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

GENDER

Neun Stunden Care Gap

Unbezahlt arbeiten etwa in der Kinderbetreuung, im Haushalt oder in der Pflege von Angehörigen pro Woche …

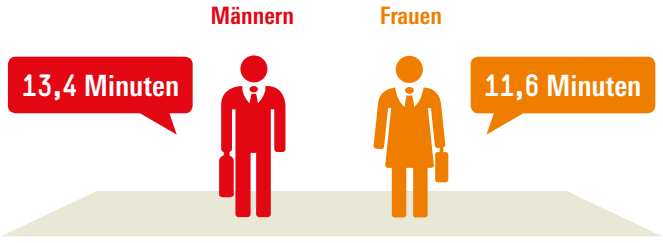


Quelle: Destatis, Februar 2024 Link zur Studie

MOBILITÄT

Frauen wählen eher Jobs in der Nähe

So lange dauert der Weg zur Arbeit im Durchschnitt bei …



Frauen sind eher als Männer in Berufen mit geringeren Pendelzeiten tätig, wie eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt. Dies dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass sie aufgrund familiärer Verpflichtungen häufig in Berufen arbeiten, „die in nahezu allen Regionen vorhanden sind", so das IAB. Sie profitieren damit weniger von weiter entfernten Beschäftigungsmöglichkeiten mit höheren Löhnen. <

Quelle: IAB, Februar 2024 Link zur Studie

STANDORT

Rechts ist unattraktiv

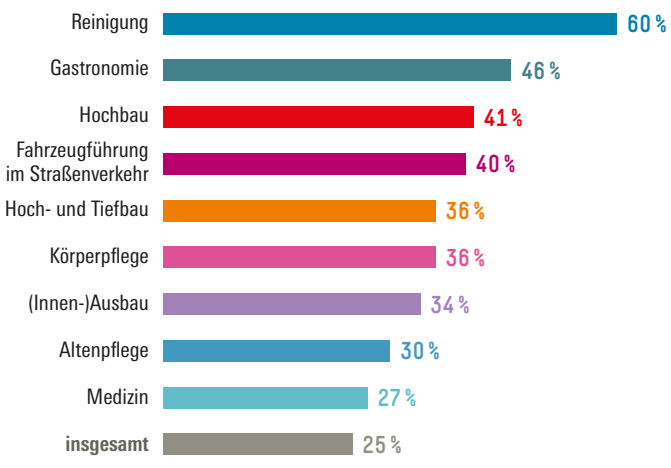
Beeinflusst zunehmender Rechtspopulismus die Anziehungskraft von Wirtschaftsstandorten? Um diese Frage zu beantworten, hat ein Forscher vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) die ökonomische Fachliteratur zum Thema durchforstet. Ergebnis: Es liegen bislang zu wenige empirische Erkenntnisse über den Einfluss rechter Einstellungen in der Bevölkerung auf Standortentscheidungen von Unternehmen vor. Als gesichert kann jedoch gelten: „Städte und Regionen, in denen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen breite Unterstützung erfahren, haben einen nicht zu unterschätzenden Nachteil bei der Anwerbung von in- und ausländischen Fachkräften." <

Quelle: ZEW, Februar 2024 Link zur Studie

ARBEITSWELT

Wo Zugewanderte arbeiten

So hoch war 2022 der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Bereich …



Quelle: Destatis, Februar 2024 Link zur Studie

Zurück zum Inhaltsverzeichnis